

28. Juni 2018 / ANA, MEC

Faktenblatt Sanctuary Cities

Hintergrund / Fragestellung

Die in der Schweiz und im Kanton Zürich geltenden gesetzlichen Regelungen verpflichten die lokalen Behörden, die für den Vollzug des Ausländergesetzes notwendigen Daten den Ausländerbehörden unaufgefordert zu melden oder auf Verlangen bekannt zu geben (vgl. z.B. Faktenblatt Meldepflichten und Gutachten Kiener / Breitenbücher). Die Stadt Zürich hat keinen Spielraum, auf die Weiterleitung dieser Daten zu verzichten, die beteiligten MitarbeiterInnen würden sich strafbar machen und entsprechend sanktioniert.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, weshalb und wie es Städten, Counties oder gar Bundesstaaten in den USA möglich ist, sich zu einer «Sanctuary City» zu erklären und dadurch Personen mit einem nicht geregelten Aufenthaltsstatus zu «schützen». Dies ist in teilweise sehr unterschiedlich ausgestalteten Formen und Regelungen zur Zeit in mehreren Hundert Gemeinwesen der Fall, und die bisherigen Versuche der Administration Trump, dagegen vorzugehen, wurden gerichtlich unterbunden und durch die lokalen Behörden abgewiesen.

Ausländerrechtliche Zuständigkeiten in den USA

Die Überwachung und Kontrolle der legalen und illegalen Einwanderung obliegt einzig der 2003 aufgebauten und dem nationalen Ministerium für Innere Sicherheit zugeordneten ICE (United States Immigration and Customs Enforcement). Sanctuary Cities können also ausländerrechtlich keine Sicherheit bieten, aber die Zusammenarbeit mit der ICE erschweren oder verweigern.

Dies ist deshalb möglich, da aufgrund eines Entscheids des Bundesgerichts von 1997 Bundesbehörden lokale Behörden nicht dazu verpflichten können, für sie Bundesgesetze durchzusetzen. Die Zusammenarbeit ist freiwillig, und die ICE in der Praxis meistens darauf angewiesen.

Während einige Sanctuary Cities generell auf das Erfassen von Aufenthaltsstatus und Geburtsort verzichten, entscheiden andere von Fall zu Fall, zum Beispiel aufgrund vorhandener Vorstrafen. Politisch begründet werden Sanctuary Cities oft durch die so gegebene Möglichkeit von «Illegalen», als Geschädigte oder Zeugen einer Straftat aussagen können sowie durch den dadurch möglichen Zugang der Gesamtbevölkerung zu öffentlichen Dienstleistungen.

Ein vielleicht typisches Beispiel: Die Personalien oder Fingerabdrücke einer wegen Trunkenheit am Steuer festgenommenen Person werden durch die lokale Polizei zur Überprüfung allfälliger weiterer Delikte an das FBI weitergeleitet. Diese informiert die ICE, die die lokale Behörde dazu auffordert, den Festgenommenen weitere 48 Stunden festzuhalten, so dass sie ihn befragen und allenfalls festhalten und ausweisen kann. Auf diese Forderung geht die lokale Behörde nicht ein, teils mit der ergänzenden Begründung, keine Leute ohne Haftbefehl festhalten zu dürfen.

Die Administration Trump versuchte bisher insbesondere über den Entzug von Bundesmitteln, Sanctuary Cities zu strafen und auf Kurs zu bringen. Dies ist gemäss bisherigen Gerichtsentscheiden aber offenbar nicht möglich, da die entsprechenden Bundesmittel in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem sanktionierten Verhalten stehen müssten.